

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ausgabe A

22. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 7. Juni 1969	Nummer 80
--------------	--	-----------

### Inhalt

#### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2371		Berichtigung zum RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 21. 3. 1969 (MBL. NW. S. 850/SMBL. NW. 2371)	
		Zustimmung zur Löschung der Reichsheimstätteneigenschaft und zur vorübergehenden Vermietung einer Reichsheimstätte . . . . .	956
7111	20. 5. 1969	Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Sprengstoffwesen; Erteilung von Sprengstofferlaubnisscheinen an Angehörige der Staaten der Europäischen Gemeinschaften . . . . .	956
9211	16. 5. 1969	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Beistandspflicht und Mitwirkung der Zulassungsstellen bei der Durchführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes . . . . .	956

#### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Datum		Seite
	<b>Innenminister</b>	
14. 5. 1969	RdErl. — Ausländerrecht; Anerkennung burundischer Pässe . . . . .	956
20. 5. 1969	Bek. — Zulassung der Auslegung von Eintragungslisten für ein Volksbegehren . . . . .	956
	<b>Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr</b>	
14. 5. 1969	Bek. — Bekanntmachung nach der Wirtschaftsprüferordnung . . . . .	956
	<b>Arbeits- und Sozialminister</b>	
19. 5. 1969	Bek. — Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe . . . . .	957
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Finanzminister . . . . .	957
	<b>Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes und des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen</b> . . . . .	958

**I.****2371****Berichtigung**

zum RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 21. 3. 1969 (MBI. NW. S. 850 / SMBI. NW. 2371)

**Zustimmung zur Löschung der Reichsheimstätteneigenschaft und zur vorübergehenden Vermietung einer Reichsheimstätte**

In der vorletzten Zeile des 2. Absatzes muß es richtig heißen:

„ . . . der Zustimmung zur Vermietung . . .“

— MBI. NW. 1969 S. 956.

**7111****Sprengstoffwesen****Erteilung von Sprengstofflizenzen an Angehörige der Staaten der Europäischen Gemeinschaften**

Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers

— III A 5 — 8720 (III Nr. 19/69)

u. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr —  
II/A 3—23—02—31/69 v. 20. 5. 1969

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat am 15. 10. 1968 die Richtlinie zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten des Einzelhandels und die Richtlinie über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten des Einzelhandels (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nummer L 260 vom 22. 10. 1968) erlassen. Nach diesen Richtlinien dürfen Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit für Angehörige der Mitgliedsstaaten nicht zugelassen werden.

Den Richtlinien steht § 2 Abs. 1 Buchstabe c der Verordnung über die Sprengstofflizenzen und Sprengstoffregister vom 21. Juni 1961 (GV. NW. S. 243), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. März 1965 (GV. NW. S. 87), — SGV. NW. 7111 — entgegen. Die Verordnung soll daher geändert werden. Bis dahin haben die Regierungspräsidenten auf Antrag ohne weitere Prüfung zu zulassen, daß die Sprengstofflizenz für Angehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, die ihren Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben, erteilt wird, obwohl die in § 2 Abs. 1 Buchstabe c genannten Voraussetzungen nicht vorliegen. Eine Befreiung von dieser Vorschrift soll allerdings nicht für Angehörige der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen werden, die keinen Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben. Ist der Antragsteller in einem der Bergaufsicht unterstehenden Betrieb tätig, so tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten das Oberbergamt.

Der Erlass ergeht im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBI. NW. 1969 S. 956.

**9211****Beistandspflicht und Mitwirkung der Zulassungsstellen bei der Durchführung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 16. 5. 1969 — IV/A 2 — 21 — 22 — 35/69

Nummer 1.3 meines RdErl. v. 13. 4. 1962 (SMBI. NW. 9211) erhält folgende Fassung:

1.3 Kennzeichen für Probe- und Überfahrtsfahrten (§ 28 Abs. 4 StVZO) sind von der Zulassungsstelle erst auszugeben, wenn durch Vorlage einer Steuerquittung des Finanzamtes, des Einlieferungsscheines

einer Postzahlkarte oder des mit der Quittung eines Kreditinstituts (Bank oder Sparkasse) versehenen Einzahlungsscheines über eine Gutschrift auf dem Girokonto der Finanzkasse nachgewiesen wird, daß die Kraftfahrzeugsteuer für die Probe- und Überfahrt fahrt entrichtet worden ist.

— MBI. NW. 1969 S. 956.

**Innenminister****Ausländerrecht****Anerkennung burundischer Pässe**

RdErl. d. Innenministers v. 14. 5. 1969 —  
I C 3 / 43.62 — B 10

Das burundische Außenministerium hat mitgeteilt, daß die bisher gebräuchlichen Pässe des Königreichs Burundi nicht mehr gültig sind. Sie sind durch Pässe der Republik Burundi ersetzt worden. Die alten Pässe können demzufolge nicht mehr als ausreichend für den Grenzübergang und den Aufenthalt im Bundesgebiet zugelassen werden.

Sobald Muster des neuen Passes vorliegen, wird der Bundesminister des Innern prüfen, ob die Voraussetzungen der Nummer 4 Abs. 1 zu § 3 AuslGVwv erfüllt sind. Bis dahin ist davon auszugehen, daß dies der Fall ist.

— MBI. NW. 1969 S. 956.

**Zulassung der Auslegung von Eintragungslisten für ein Volksbegehren**

Bek. d. Innenministers v. 20. 5. 1969 —  
I B 1.20 — 16.14

Die Landesregierung hat durch Beschuß vom 20. Mai 1969 die Listenauslegung für ein Volksbegehren zugelassen. Das Volksbegehren ist auf den Erlaß eines Gesetzes über den Zusammenschluß der Gemeinden Oberkassel und Stieldorf mit der Stadt Beuel gerichtet. Die neu gebildete Gemeinde soll die Bezeichnung „Stadt Beuel“ führen und in den Siegkreis eingegliedert werden.

Vertrauensmann der Antragsteller ist Herr Karlheinz Schuh, 5302 Beuel, Beethovenstraße 14; sein Stellvertreter Herr Gerhard Pützer, 5302 Beuel-Vilich-Rheindorf, Frankenweg 30.

— MBI. NW. 1969 S. 956.

**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr****Bekanntmachung nach der Wirtschaftsprüferordnung**

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 14. 5. 1969 — II/D 1 — 71 — 60

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. Juli 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

Die nachstehenden öffentlichen Bestellungen sind erloschen:

**Als Wirtschaftsprüfer**

am 20. Januar 1969, durch Tod  
Dipl.-Kfm. Heinz-Gerhard Pochmann, Köln

am 1. März 1969, durch Verzicht  
Dr. Peter Böhmer, Essen

am 6. März 1969, durch Tod  
Dr. Heinrich Bong, Köln

am 31. März 1969, durch Verzicht  
Dipl.-Kfm. Hans-Bernd Röttgermann, Bonn

am 24. April 1969, durch Tod  
Helmut Nick, Emsdetten

**Als vereidigte Buchprüfer**

- am 12. Januar 1969**, durch Tod  
Wilhelm Bremen, Düsseldorf  
**am 14. Januar 1969**, durch Tod  
Dipl.-Kfm. Otto Leuwer, Iserlohn  
**am 6. Februar 1969**, durch Tod  
Fritz Bänker, Herford  
**am 9. Februar 1969**, durch Tod  
Dr. Alfred Zwanzig, Wuppertal-Barmen  
**am 31. März 1969**, durch Verzicht  
Jakob Schmahl, Solingen

— MBl. NW. 1969 S. 956.

**Arbeits- und Sozialminister****Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe**Bek. d. Arbeits- und Sozialministers v. 19. 5. 1969 —  
IV B 2 — 6113/Sch

Die der Deutschen Philatelisten-Jugend e. V., Sitz Schwelm, am 24. 4. 1969 erteilte öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe wird nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206) i. Verb. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248 / SGV. NW. 216) auf folgende, diesem Verband als Mitglieder angehörenden Ortsverbände ausgedehnt:

Balve  
Bockum-Hövel  
Bottrop  
Brilon  
Düsseldorf  
Espelkamp  
Gladbeck  
Goch  
Greven  
Haan  
Herten  
Hilchenbach  
Hilden  
Hochdahl  
Hohenlimburg  
Hüls  
Heiligenhaus  
Kamp-Lintfort  
Krefeld  
Kevelaer  
Lemgo  
Lengerich  
Langenfeld  
Leverkusen  
Minden  
Monheim  
Mühlenrahmede  
Münster  
Oberhausen  
Rhede  
Rheinkamp-Meerfeld  
Sennestadt  
Soest  
Uedem  
Warstein  
Werl  
Wevelinghoven  
Witten  
Wülfrath  
Bergheim/Erfz-Zieverich  
Bonn  
Duisdorf  
Geilenkirchen  
Herzogenrath  
Köln  
Opladen  
Rheinbach  
Weiden b. Köln

— MBl. NW. 1969 S. 957.

**Personalveränderungen****Finanzminister****Ministerium****Es ist ernannt worden:**

Oberregierungsrat E. Wrede zum Regierungsdirektor

**Nachgeordnete Behörden****Es sind ernannt worden:****Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

Oberregierungsrat Dr. N. Schöttel zum Regierungsdirektor

**Finanzamt Essen-Nord**

Regierungsdirektor K. Ewald zum Leitenden Regierungsdirektor beim Finanzamt Duisburg-Süd

**Finanzamt Lennep**

Regierungsrat H.-G. Schultze-Schlutius zum Oberregierungsrat

**Finanzamt Köln-Nord**

Regierungsassessor D. Müunker zum Regierungsrat

**Finanzamt Bielefeld-Stadt**

Regierungsrat Dr. H.-E. Schulze zum Oberregierungsrat

**Finanzamt Bochum**

Regierungsrat K. Voß zum Oberregierungsrat

**Finanzamt Dortmund-Außenvstadt**

Regierungsrat H. W. Wiffel zum Oberregierungsrat

**Finanzamt Soest**

Regierungsrat Dr. H.-J. Ant zum Oberregierungsrat

**Es sind versetzt worden:****Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

Regierungsdirektor H. Schareck an das Finanzamt Düsseldorf-Altstadt

**Finanzamt Düsseldorf-Mettmann**

Oberregierungsrat Dr. F. Voss an das Bundesministerium der Finanzen

**Finanzamt Wuppertal-Barmen**

Regierungsrat Dr. K. Mielke an die Landesfinanzschule Nordrhein-Westfalen

**Finanzamt Bergheim**

Regierungsdirektor Dr. W. Hanel an das Finanzamt Düren

**Finanzbauamt Erkelenz**

Oberregierungsbaurat Dr. Looke an das Finanzbauamt Bonn

**Es ist in den Ruhestand getreten:****Finanzamt Köln-Süd**

Oberregierungsrat R. Winkler

**Es ist ausgeschieden:****Finanzamt Düsseldorf-Nord**

Regierungsrat Dr. R. Freiherr von Canstein

**Nachgeordnete Dienststellen**

**E s s i n d e r n a n n t w o r d e n :**

**Finanzgericht Düsseldorf**

Oberregierungsrat H. Jahn, Finanzamt Wuppertal-Elberfeld, zum Finanzgerichtsrat kraft Auftrags

Oberregierungsrat D. Röntz, Bundesfinanzhof, zum Finanzgerichtsrat kraft Auftrags

Regierungsrat H. Faust, Finanzamt Jülich, zum Finanzgerichtsrat kraft Auftrags

**Finanzgericht Münster**

Oberregierungsrat B. Borgmann, Oberfinanzdirektion Münster, zum Finanzgerichtsrat kraft Auftrags

Regierungsrat Dr. V. Lohr, Finanzamt Bergheim, zum Finanzgerichtsrat kraft Auftrags.

— MBl. NW. 1969 S. 957.

**Hinweis  
für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungs-  
blattes und des Ministerialblattes für das Land  
Nordrhein-Westfalen**

Lohnerhöhungen im Druckereigewerbe haben leider Kostenerhöhungen mit sich gebracht.

Die Bezugsgebühren betragen ab 1. Juli 1969 vierteljährlich

**für das Gesetz- und Verordnungsblatt**

Ausgabe A	8,40 DM
Ausgabe B	9,50 DM
Ausgabe C	9,85 DM

**für das Ministerialblatt**

Ausgabe A	15,80 DM
Ausgabe B	17,— DM
Ausgabe C	19,45 DM

Um Schwierigkeiten mit der Post zu vermeiden, bittet die Redaktion, sich dieses Hinweises zu erinnern, wenn die neuen Bezugsgebühren für das III. Quartal 1969 eingezogen werden.

— MBl. NW. 1969 S. 958.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf,

Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.  
Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.  
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugsspreis vierteljährlich Ausgabe A 14,— DM, Ausgabe B 15,20 DM.  
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.